

Der Senator für Bildung und Wissenschaft

13.12.05  
Herr Feuser  
361 6407

V o r l a g e Nr. L 176  
für die Sitzung der Deputation für Bildung am 22.12.05

## **2. Sachstandsbericht zur Entwicklung der Sekundarschule**

### **A. Problem**

Auf der Sitzung der Deputation für Bildung am 09. Juni 2005 hat der Senator für Bildung und Wissenschaft den ersten Sachstandsbericht zur Entwicklung der Sekundarschule vorgelegt (Vorlage Nr. L 121). In diesem Bericht wurde deutlich, dass die sehr heterogen zusammengesetzte Schülerschaft der Sekundarschule eine große Herausforderung darstellt, auf die mit dem Konzept „Die Arbeit in der Sekundarschule“ reagiert werden soll, das Grundsätze für die Arbeit in der Sekundarschule, verbindliche Vorgaben zu ihrer Gestaltung und Empfehlungen zur Umsetzung enthält.

Die Mitglieder der Deputation haben den Senator für Bildung und Wissenschaft gebeten, bis zum Ende des Jahres 2005 einen zweiten Sachstandsbericht vorzulegen, um über den Stand der Umsetzung des Konzeptes „Die Arbeit in der Sekundarschule“ zu informieren.

### **B. Lösung / Sachstand**

Bis November 2005 sollte auf der Grundlage des Konzeptes „Die Arbeit in der Sekundarschule“ eine Broschüre für Eltern erstellt werden. Diese Broschüre liegt druckfertig vor. Sie informiert ausführlich über die Ziele der pädagogischen Arbeit in der Sekundarschule, die pädagogischen Schwerpunkte dieser neuen Schulform und über die Schulabschlüsse, die die Schülerinnen und Schüler an der Sekundarschule erwerben können.

Im 2. Schulhalbjahr 2005/06 bietet das Landesinstitut für Schule (LIS) Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte der Sekundarschule zu den Themen „Umgang mit Heterogenität“ und „Die Arbeit der Sekundarschule“ an.

Die Arbeits- und Berufsorientierung ist ein wesentlicher Baustein der Arbeit in der neuen Sekundarschule, insbesondere im Schwerpunkt zur Erlangung der Berufsbildungsreife in den Jahrgangsstufen 9 und 10. Der Senator für Bildung und Wissenschaft hat einen Vorschlag für ein Konzept zur Gestaltung der Praxisphase erarbeitet (vgl. Anlage 1). Das Lernen in der Sekundarschule wird zukünftig mit außerschulischem Lernen verzahnt. So sollen in den Unterrichtsfächern Themen und Aufgaben im Mittelpunkt stehen, die einen sinnvollen Bezug zu den Anforderungen in der Berufsausbildung herstellen. Die Schülerinnen und Schüler sollen in den

Kompetenzbereichen gefördert werden, die sie zu einem erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf befähigen.

Zu Beginn des Schuljahres 2007/08 wird der Berufswahlpass in der Sekundarschule und den Förderzentren verpflichtend eingeführt. Schulen, die den Berufswahlpass schon zu Beginn des Schuljahres 2006/07 in der Jahrgangsstufe 7 einführen wollen, können seit Beginn des Schuljahres 2005/06 mit dem Landesinstitut eine Zielvereinbarung abschließen. In enger Zusammenarbeit mit dem Institut für arbeitsorientierte Allgemeinbildung (iaab) an der Universität werden an den jeweiligen Schulen Einführungsveranstaltungen zur Arbeit mit dem Berufswahlpass durchgeführt. Anschließend begleitet und unterstützt das Landesinstitut die Schulen bei der Einbindung des Berufswahlpasses in die Konzeptentwicklung zur Arbeits- und Berufsorientierung der Schule.

Mittlerweile hat der Senator für Bildung und Wissenschaft ein Konzept für die Gestaltung des Wahlpflichtbereichs in der Sekundarschule ab Jahrgangsstufe 7 entwickelt (vgl. Anlage 2). Danach wird jede Schule verpflichtet, die 2. Fremdsprache und einen Kurs zur Arbeits- und Berufsorientierung in den Jahrgangsstufen 7 und 8 anzubieten, der auch die Möglichkeit zur Bearbeitung von Defiziten in den Grundfertigkeiten bietet. In den Jahrgangsstufen 9 und 10 muss im Profil zur Erlangung des Mittleren Schulabschlusses neben der 2. Fremdsprache ein Kurs zur Arbeits- und Berufsorientierung angeboten werden. Im Profil zur Erlangung der Berufsbildungsreife soll das Wahlpflichtangebot zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler beitragen.

Die Maßnahmen zur Arbeits- und Berufsorientierung sind in der Arbeitsgruppe „Erarbeitung eines Konzeptes für die Berufsorientierung in der Sekundarschule“ beim Senator für Bildung und Wissenschaft entwickelt worden. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind u.a. Vertreter aus der Wirtschaft, aus dem Landesinstitut für Schule, der Fachleitung Wirtschaft/Arbeit/Technik, der Schulaufsicht, der Kontaktlehrkräften und aus dem Institut für arbeitsorientierte Allgemeinbildung der Universität Bremen. Außerdem ist das Konzept zur Gestaltung der Praxisphase ab Jahrgangsstufe 9 den Mitgliedern des Jour fixe des Regionalen Ausbildungspaktes, des Landesausschusses für Berufsbildung und auf einer Dienstbesprechung den Kontaktlehrkräften an den Schulen der Stadt Bremen und auf einer Dienstbesprechung den Schulleitungen der Stadt Bremerhaven vorgestellt und mit ihnen diskutiert worden. Im 2. Schulhalbjahr 2005/06 sind weitere Informationsveranstaltungen für die Sekundarschulen und die Wirtschaftsverbände vorgesehen.

### **C. Weiteres Verfahren**

Folgende Arbeitsschritte zur weiteren strukturellen und pädagogischen Ausgestaltung der Sekundarschule sind vorgesehen:

1. Im Frühjahr 2006 werden die Rahmenbedingungen für „Die Arbeit in der Sekundarschule“, die im Schulgesetz bzw. in Verordnungen noch nicht geregelt sind, in eine Stufenordnung aufgenommen.
2. Die Regelstundentafel für die Sekundarschule muss für die Jahrgangsstufen 9 und 10 im Profil zur Erlangung der Berufsbildungsreife weiterentwickelt werden, um die Durchführung einer zweitägigen Praxisphase zu ermöglichen.

3. Das Landesinstitut für Schule wird beauftragt, eine Handreichung für die pädagogische Ausgestaltung der Sekundarschule bis Ende 2006 zu erarbeiten und bis Sommer 2006 ein Konzept für ein praktikables Verfahren zur Kompetenzfeststellung für Schülerinnen und Schüler mit Lernproblemen in Zusammenarbeit mit dem Institut für arbeitsorientierte Allgemeinbildung (iaab) zu entwickeln.

#### **D. Beschlussvorschlag**

Die Deputation Bildung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis. Im April 2007 wird der Deputation für Bildung ein weiterer Sachstandsbericht zum Stand der Entwicklung der Sekundarschule vorgelegt.

In Vertretung

Köttgen